

Widerstand gegen Donaufeld-Bauten

Anrainer fordern Umweltprüfung für Städtebau im Norden von Wien

Wien – Im Norden der Bundeshauptstadt mehrt sich der Widerstand gegen Bauprojekte. Nach Blockade und Protestcamp gegen die geplante Stadtstraße zwischen Hirschstetten (Anschlussstelle A23) und Hausfeldstraße bahnen sich nun Brösel bei geplanten Wohnsiedlungen auf dem Donaufeld im Grenzgebiet zwischen den Bezirken Donaustadt und Floridsdorf.

Besorgte Bürger, die sich im Verein „Freies Donaufeld“ zusammengetan haben, wollen die geplante Bebauung des insgesamt 65 Hektar großen Donaufeldes mit mindestens 6000 Wohnungen und zahlreichen Gewerbegebieten nicht akzeptieren.

Der Verein fordert nun die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für dieses nach der Seestadt Aspern wohl größte Stadterweiterungsprojekt. Einer solchen UVP-Pflicht sind Stadt und Projektwerber – salopp formuliert – entgangen, weil das Gebiet in Teilprojekte zerlegt wurde und so unter Schwellenwerten blieb. Geplant wird von Wohnfonds Wien, Buwog, Wien-Süd, Arwag und anderen.

Zur Erinnerung: Österreich ist bei Umweltprüfungen im Visier der EU-Kommission. Die-

se sieht Bürgerbeteiligung, Umwelt- und Naturschutz nicht ausreichend gewährleistet. Eine UVP-Pflicht besteht erst ab einem Bodenverbrauch von 15 Hektar. Bis dahin reichen Einzelfallprüfungen nach UVP-Gesetz.

Vorerst richtet sich der Widerstand der Donaustädter daher gegen das Donaufeld-Teilprojekt „An der Schanze“, für das ein Feststellungsbescheid aus dem Jahr 2018 vorliegt. Diesen Bescheid hält Rechtsanwalt Wolfram Schachinger, der die Bürgerinitiative vertritt, für nicht mehr maßgeblich, weil EU-rechtswidrig. Das vorliegende Projekt sei nicht mehr jenes ist, das seinerzeit genehmigt wurde, sagt Schachinger zum STANDARD.

Der Grund: Erst 2019, also nach dem Feststellungsbescheid, wurde ein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt. Nun seien die Liegenschaften nicht mehr gleich, der Gewerbeanteil sei höher, Supermarktflächen größer. Man könne also nicht mehr davon ausgehen, dass von diesen keine Magnetwirkung im Verkehr ausgehe. Der Verein fordert von Umweltschutzabteilung (MA22), Umweltanwältin und Baubehörde eine ordentliche Prüfung. „Die Auswirkungen auf Luft, Tiere und Wasser sind zu prüfen“, sagt Schachinger. (ung)